

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Philipp Gerhartinger

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Leiter Team Wirtschafts- und Verteilungspolitik

**Mit Zukunftsinvestitionen und
Verteilungsgerechtigkeit
aus der Krise!**

Online-Pressekonferenz

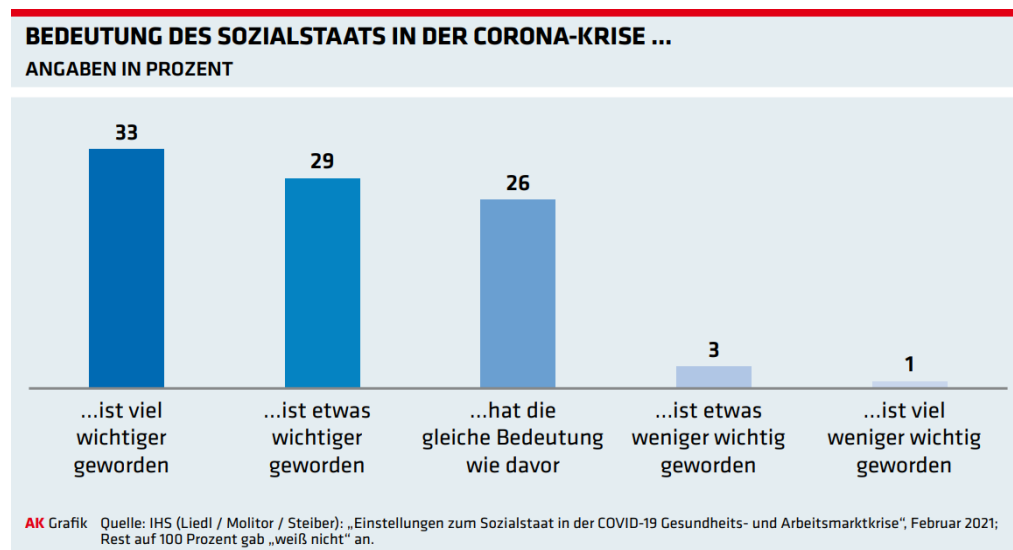
Montag, 16. August 2021, 11 Uhr

Aus Sicht der Arbeiterkammer braucht es nach der Krise vor allem zwei Dinge: Zukunftsinvestitionen und Verteilungsgerechtigkeit. So kann es gelingen, in einer sozialen und ökologischen Weise zu wachsen, ohne dass die Arbeitnehmer/-innen auf der Strecke bleiben. Der Staat muss weiterhin für eine solide und ausreichende Finanzbasis sorgen, um genügend Spielraum für Investitionen in die Zukunft und in den Sozialstaat zu haben. Und es braucht dringend Reformen im Kern der Verteilungspolitik, dem Steuersystem.

Verteilungsgerechtigkeit als Basis für Wirtschaftsentwicklung

Investitionen in den Sozialstaat können ein Mittel sein, um der Verschärfung der Verteilungs-Schiefelage, welche sich auf unterschiedlichen Ebenen im Zuge der Krise manifestiert hat, entgegenzuwirken. Gerade aktuell darf nicht darauf vergessen werden, dass Verteilungs-Schiefagen immer auch in Wechselwirkung mit der Entwicklung einer Volkswirtschaft als Ganzes stehen. Ungleichheit ist Gift für deren Entwicklung. Wenn die Menschen kein Geld zum Ausgeben haben, fehlt der Wirtschaft aktuell und künftig die kaufkräftige Kundschaft.

Auch in der Bevölkerung gibt es große Bedenken hinsichtlich einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich. Fast drei Viertel (73 Prozent) der bundesweit Befragten gaben im Rahmen einer aktuellen Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) an, dass sich diese durch die Corona-Krise vertiefen wird. Gleichzeitig wissen die Österreicher/-innen die Bedeutung des Sozialstaats, insbesondere in der Krise, zu schätzen. Fast zwei Drittel (62 Prozent) der Befragten meinen, dass der Sozialstaat angesichts der Corona-Krise (viel) wichtiger geworden ist. Das ist ein klares Bekenntnis zum Sozialstaat!



Mit Zukunftsinvestitionen aus der Krise

Und dafür gibt es auch zahlreiche gute Gründe. So hat etwa der Sozialstaat seine Stärke in der Krise gezeigt. Viele Härten konnten sowohl für Unternehmen als auch für Arbeitnehmer/-innen abgefangen werden, das Gesundheitssystem hat sich bewährt und bewiesen, dass Bettenabbau und Personalknappheit nicht die richtige Richtung sind, und auch viele öffentliche Verwaltungsstrukturen in Bund, Ländern und Gemeinden wurden hart auf die Probe gestellt. Gleichzeitig haben sich aber auch Schwächen gezeigt, so etwa im Bereich der finanziellen Absicherung von Arbeitslosen, der Bildungsgerechtigkeit oder der Verteilung von Arbeit, echter Anerkennung und angemessener Einkommen. Jetzt ist demnach der richtige Zeitpunkt, um den Sozialstaat mit Zukunftsinvestitionen weiter zu stärken!

Und auch die Klimakrise sowie aktuelle wirtschaftliche Transformationsprozesse (Stichwort Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation) bringen erheblichen Investitionsbedarf auch seitens der öffentlichen Hand mit sich. Der Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, die Förderung thermischer Sanierungen, der Breitbandausbau, der Ausbau erneuerbarer Energiequellen, die Förderung von Forschung und Entwicklung oder der sozial-ökologische Umbau der Industrie, all das sind auch finanziell Mammut-Projekte. Aber: Öffentliche Investitionen schaffen öffentliches Vermögen und die Infrastruktur auch für zukünftige Generationen, sie können dem Strukturwandel eine Richtung vorgeben und sind auch Anstoß für private Investitionen von Unternehmen. Positiver Zusatzeffekt: So können auch viele dringend benötigte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Kein Zurück zur schädlichen Spar- und Kürzungspolitik!

Ein nachhaltig erfolgreicher Pfad aus einer Krise kann deshalb nur mit einer Investitionsoffensive in die Zukunft Österreichs, der hier lebenden Menschen und ihres Sozialstaats gelingen. Ein expansiver Investitionspfad findet heute auch breite wissenschaftliche und internationale Unterstützung. Die Lehren aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass eine Spar- und Kürzungspolitik ein ökonomischer Irrweg ist. Die Finanz- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 wurde durch den rigorosen Sparzwang weiter verschärft und damit noch in die Länge gezogen. Die Folge war ein weiterer Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ohne Nachfrage fehlt jedoch auch den Unternehmen das Geschäft und damit die Grundlage, wieder neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch deshalb ist es in vielen internationalen Institutionen zu einem Umdenken gekommen. Auf Ebene der EU, wo sich das u.a. auch manifestiert in finanzieller Unterstützung für Investitionen in Klima, Digitalisierung und Jobs, wofür den Mitgliedsländern mehrere 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Der Vergleich mit den USA unter Joe Biden, wo das öffentliche Investitionspaket in die Billionenhöhe geht, verdeutlicht jedoch, dass auch die EU-Mitgliedsstaaten selbst noch weitere Anstrengungen unternehmen müssen, um den Anschluss nicht zu verlieren – so auch Österreich!

Aus Sicht der Arbeiterkammer gibt es demnach allen Grund zur Wachsamkeit. Nicht zuletzt auch, weil es hierzulande trotz der negativen Erfahrungen mit einer Kürzungspolitik erneut erste Vorboten einer Kürzungswelle gibt. So hat die Regierung nicht nur angekündigt, in der Arbeitslosenversicherung Zumutbarkeitsbestimmungen zu Lasten der Arbeitnehmer/-innen zu verschärfen und das Arbeitslosengeld zu senken. Pensionskürzungen wurden bereits umgesetzt. Ein massives Gerechtigkeitsproblem und wie in der Vergangenheit zeigt sich, dass „Sparpakete“ in den allermeisten Fällen auf den Schultern der breiten Masse ausgetragen werden. Als AK werden wir hier jedoch mit starker Stimme dagegen auftreten.

Zinslage bietet finanziellen Rückenwind für Zukunftsinvestitionen

Auch Finanzierungsvorbehalte lassen wir als Ausrede nicht gelten. Die extrem günstige Zinslage – mit sogar negativen Zinsen für staatliche Kredite – ermöglicht dem gesamten österreichischen Staat, aktuell Geld zu besten Konditionen in die Hand zu nehmen und die großen Herausforderungen anzugehen.

Die Zinsausgaben des Staats werden in den kommenden Jahren – trotz krisenbedingt hoher Neuverschuldung – weiter massiv sinken und auf vergleichsweise niedrigem Niveau bleiben. Damit ermöglicht das Zinsumfeld nicht nur eine stabile Finanzierung der Krisenkosten. Die Negativzinsen sind auch die beste Voraussetzung, um jetzt neue Zukunftsinvestitionen zu tätigen und unseren Sozialstaat zu stärken.

Steuer- und verteilungspolitisches Reformprogramm

Das günstige Zinsumfeld sollte jedoch kein Freibrief sein, um die Hausaufgaben im österreichischen Steuersystem weiter aufzuschieben. Immer noch sind die

Abgaben auf Arbeit zu hoch und die Beiträge von Vermögen und internationalen Großkonzernen viel zu gering. Es braucht deshalb endlich eine echte Steuerstrukturreform.

Willkommener Nebeneffekt: Werden die Abgaben auf Arbeit gesenkt, erhöht das die so wichtige Kaufkraft in einer wirtschaftlich schwierigen Phase. Wird die Senkung über zusätzliche Beiträge von Vermögen gegenfinanziert, erhöht das nicht nur insgesamt die Gerechtigkeit im österreichischen Steuersystem, sondern leistet auch einen Beitrag zur Reduktion der gestiegenen Ungleichheit. Eine derartige Reform wird Österreich auch seit Jahren von internationaler Seite wiederholt empfohlen und würde einen – gerade aktuell so wichtigen – wachstums- und beschäftigungspolitischen Impuls erzeugen.

Steuerlicher Wohnbonus und Ausgleich der kalten Progression

An erster Stelle muss aus Sicht der Arbeiterkammer der vollständige und rasche Ausgleich der kalten Progression stehen. Nachdem im Zuge der Krise lediglich der Eingangsteuersatz in der Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt wurde und damit nur ein Teil des geplanten Entlastungsvolumens an die Arbeitnehmer/-innen zurückgegeben wurde, müssen rasch weitere Schritte folgen. Mit Ende des Jahres 2022 bleibt – selbst wenn man die Senkung des Eingangsteuersatzes abzieht, welche rund 1,5 Milliarden Euro ausmachte – ein Betrag von in Summe etwa vier Milliarden Euro offen. Es darf dabei auch nicht darauf vergessen werden, dass mit jedem Jahr, das ohne weitere Lohnsteuersenkung verstreicht, neuerlich kalte Progression anfällt.

Ein wesentlicher, sozial sehr ausgewogener Schritt zur Senkung der Lohnsteuer stellt aus Sicht der Arbeiterkammer Oberösterreich die Einführung eines steuerlichen Wohnbonus dar. Dieser soll allen Arbeitnehmern/-innen – egal ob sie Mieter/-innen sind oder einen Kredit für Ankauf, Neubau oder Sanierung eines Eigenheims abbezahlen – zu Gute kommen und ihre Wohnkosten senken. Konkret sollen zehn Prozent der Wohnkosten – höchstens 800 Euro pro Jahr – als Absetzbetrag von der Lohn- und Einkommenssteuer abgezogen werden können. Für Einkommen, die so niedrig sind, dass keine Lohnsteuer gezahlt wird, soll der Wohnbonus als Steuergutschrift ausbezahlt werden. Bei besonders hohen Einkommen soll nur mehr ein reduzierter bzw. kein Absetzbetrag zur Verfügung stehen. Bares

Geld also, in einer Zeit, in der Wohnkosten ohnehin teils massiv gestiegen sind und damit Wohnen für viele zur Herausforderung wird.

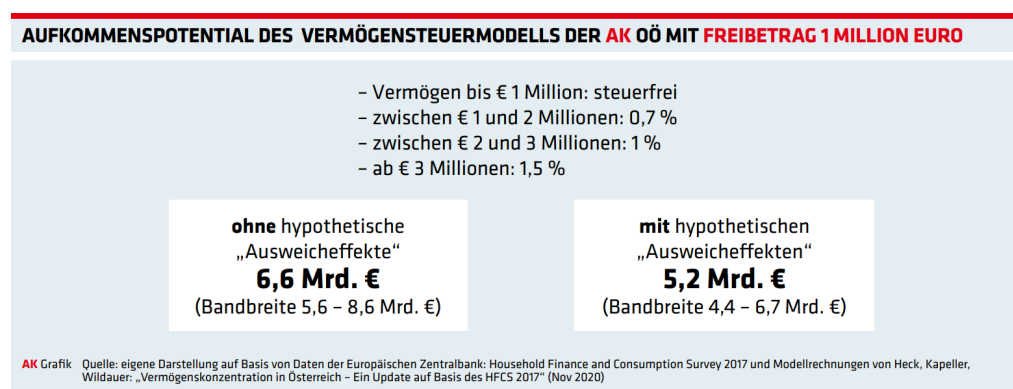
Vermögensungleichheit bietet genügend Potenzial

In Österreich ist die Vermögensungleichheit im EU-Vergleich besonders groß. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als 38,9 Prozent des gesamten Vermögens. Wenige haben sehr viel, während viele sehr wenig haben. Es reicht deshalb, wenn lediglich die oberste Vermögenselite besteuert wird.

Hinzu kommt: Österreich ist internationales Schlusslicht bei vermögensbezogenen Steuern, obwohl das private Netto-Vermögen nicht nur besonders hoch, sondern eben auch bei wenigen konzentriert ist.

AK-Modell einer Vermögenssteuer

Die Arbeiterkammer Oberösterreich schlägt ein Vermögenssteuer-Modell mit einem Freibetrag von einer Million Euro und Steuersätzen von 0,7 Prozent für Vermögen zwischen einer Million und zwei Millionen Euro, einem Prozent zwischen zwei und drei Millionen Euro und 1,5 Prozent ab drei Millionen Euro vor. Nur die vier bis fünf Prozent der reichsten Haushalte wären von dieser Steuer betroffen. Dennoch wäre, selbst unter Berücksichtigung gewisser Ausweicheffekte, mit einem Aufkommen von 5,2 Milliarden Euro zu rechnen. Denn allein die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Reichtums in Österreich.

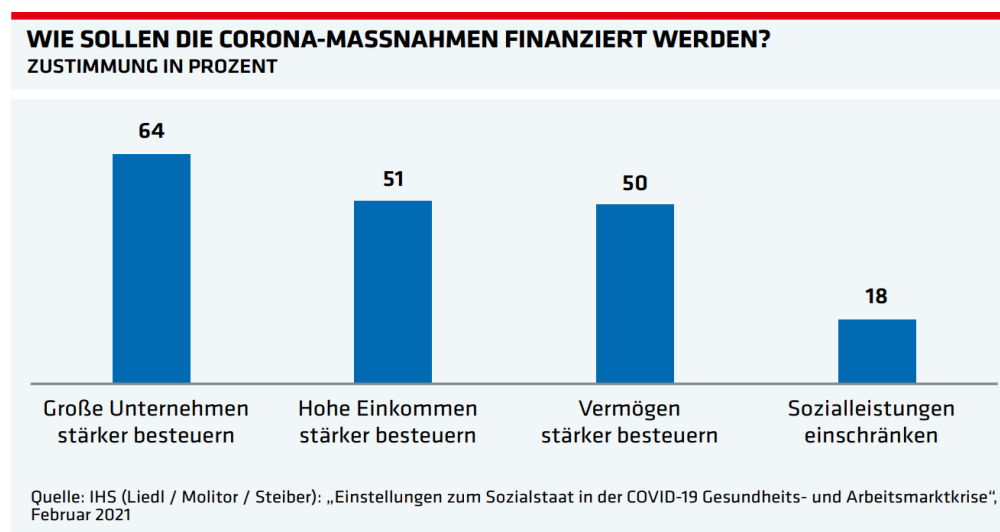


Wendet man dieses Vermögenssteuer-Modell auf das Vermögen der zehn reichsten Familien in Österreich gemäß der brandaktuellen Trend-Reichstenliste an, ergibt sich bereits ein Steueraufkommen von mehr als 1,6 Milliarden Euro pro Jahr.

Würde man etwa das Vermögen prominenter oberösterreichischer Unternehmensbesitzer, wie dem KTM-Milliardär Stefan Pierer (Nr. 27 in der Liste mit einem Vermögen von 1,7 Milliarden Euro) besteuern, ergäbe das eine Vermögenssteuerleistung von gut 25 Millionen Euro. Damit könnte man die Anstellung von mehr als 400 qualifizierten Pflegekräften in OÖ-Spitälern finanzieren.

Die Menschen befürworten Vermögenssteuern

Rückenwind für Vermögenssteuern gibt es auch aus der Bevölkerung. Wenn es um (zusätzliche) Beiträge zur Finanzierung der Corona-Maßnahmen geht, wünschen sich die Österreicher/-innen, laut einer aktuellen Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS), dass große Unternehmen (64 Prozent), hohe Einkommen (51 Prozent) und Vermögende (50 Prozent) einen größeren Beitrag leisten. Hingegen sind nur 18 Prozent der in der Studie Befragten für die Einschränkung von Sozialleistungen.



Und auch reiche Privatpersonen fordern immer häufiger, dass sie selbst einen höheren Beitrag über Vermögenssteuern leisten wollen. Zuletzt etwa die Millionenerbin Marlene Engelhorn.

Steuer- und verteilungspolitisches Reformprogramm der AK OÖ im Detail:

Sozialstaat weiter stärken

Stabilität und Ausbau statt Sparzwang und Leistungskürzungen. Die Corona-Krise hat gezeigt, was der Sozialstaat leisten kann. Die Fehler der letzten Wirtschaftskrise dürfen nicht wiederholt werden.

Eine echte Steuerstrukturreform,

welche die Beiträge aller Arbeitnehmer/-innen bei der Lohnsteuer senkt und deutliche beschäftigungs- und wachstumsfördernde Impulse nach der Krise setzt.

Einführung einer Millionärssteuer

auf Netto-Privatvermögen über 1 Million Euro

(Wieder-)Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer

mit einem Freibetrag, der sicherstellt, dass im Laufe eines Arbeitnehmerlebens Ersparnis steuerfrei weitervererbt werden kann.

Wohnbonus statt Konzernbonus

Wir brauchen keine zusätzlichen Steuergeschenke für multinationale Großkonzerne, sondern nachfragestärkende und sozial gerechte Impulse wie den Wohnbonus, damit wir aus der Krise wachsen können und den Menschen finanziell geholfen wird.

Entschlossener Kampf gegen internationale Steuertricks,

damit auch Profiteure der Krise, zu denen die Digital-Riesen wie Amazon, Google und Co zählen, endlich einen fairen Beitrag leisten.

Weitere ausführliche Informationen und Grafiken finden Sie in der AK-Broschüre „Warum uns die Reichen teuer zu stehen kommen. Fakten zur Verteilung von Vermögen und Steuern in Österreich“.

[Hier können Sie die Broschüre herunterladen](#)